



Diskussionspapier zur AUTONOMEN ORGANISIERUNG

Für immer mehr Menschen des autonomen Spektrums stellt sich die Frage nach weiterführenden Perspektiven in der politischen Arbeit.

Bei Kampagnen, Aktionen und Treffen, ebenso in der Auseinandersetzung mit eigenen Inhalten und Strukturen, wird häufig fehlende Kontinuität und Verbindlichkeit innerhalb des autonomen „Daseins“ beklagt. Ein Minimum an politischer Kontinuität wird zumeist von einzelnen Leuten getragen. Hinzu kommt, daß nur noch wenige GenossInnen aus Zeiten starker autonomer Bewegungen politisch aktiv sind.

Die bruchstückhaften Auseinandersetzungen mit der Geschichte und den Inhalten der autonomen Bewegung haben zwar verschiedene Gründe der derzeitigen Schwäche ans Licht gebracht, bis heute daran aber kaum etwas verändert.

Als politisch relevante Bewegung gibt es uns seit einigen Jahren fast nicht mehr, aus der öffentlichen Diskussion und den Massenmedien sind wir weitgehend verschwunden.

Blick zurück

Mit dem Niedergang der K-Gruppen, die bis Ende der 70er Jahre das außerparlamentarische Bild bestimmten, entwickelte sich Anfang der 80er Jahre aus Widerstandsfeldern, wie z.B. aus der Anti-AKW-Bewegung und dem Häuserkampf die autonome Bewegung.

Die autonome Bewegung war dadurch gekennzeichnet, daß sie der BRD als imperialistischen

Staat den Kampf ansagte, vor allem auch mit dem Mittel der Militanz.

Im Gegensatz zu den stark hierarchisch organisierten K-Gruppen, deren Zielgruppe die ArbeiterInnen in den Betrieben waren, lehnten Autonome Parteien oder vergleichbare Organisationsstrukturen ab, da die Befreiung des Menschen unmittelbar erkämpft werden sollte, ohne hierarchische Strukturen oder Organisationsformen, die solche entstehen lassen könnten.

Die Leute waren in die Idee verliebt, durch das Zusammenleben in besetzten Häusern und den gemeinsamen Kampf gegen imperialistische Großprojekte wirkliche Veränderungen herbeizuführen, was einen Großteil der Kraft der Bewegung ausmachte. Hoffnungen auf Veränderungen auch deshalb, weil das Interesse an der Umsetzung militanter, linksradikaler Politik längere Zeit weit über den autonomen Teil der Basisbewegungen hinausging und autonome Politik als politischer Faktor im Interesse einer großen Öffentlichkeit stand.

In den Häusern entstanden durch das Zusammenleben Gruppen. Darüberhinausgehende Organisationsstrukturen wurden nicht geschaffen.

Der BRD-Staat reagierte auf diese Bewegungen mit verschiedenen Konzepten.

Durch die Räumung vieler besetzter Häuser und die Durchsetzung imperialistischer Groß-

projekte (Startbahn-West, Brokdorf, Gorleben), mit teilweise martialischer Polizeigewalt, wurden der autonomen Bewegung die wichtigsten Standbeine genommen. Die politischen Zentren und Lebenszusammenhänge zerfielen und damit auf Dauer auch viele politische Zusammenhänge.

Die Staatsmacht führte so den radikalen Bewegungen gleichzeitig ihre Machtlosigkeit vor.

Verstärkt wurde dies durch erfolgreiche Befriedungsstrategien, Entpolitisierung/Funktionalisierung autonomer Inhalte, Lifestyle, Drogen etc. und die Entstehung einer linken Reformbewegung, wie den Grünen, die es geschafft hat, große Teile früherer Linksradikaler aufzusaugen und neu auf den Parlamentarismus einzuschwören.

Mit dem Zerfall der Basisbewegungen, in denen die Autonomen als ein wichtiger Teil eingebettet waren, bzw. ihrem Aufgehen in der staatstragenden Grünen-Partei, gerieten die Autonomen mehr und mehr in gesellschaftliche Isolation. Durch kaum vorhandene Organisationsstrukturen wurde es immer schwieriger öffentlich wahrgenommen zu werden und offensiv Inhalte radikaler Politik in gesellschaftliche Diskussionsprozesse zu tragen.

Die noch bestehenden politischen Zentren, besetzten Häuser, Infokäden etc., aus denen zuvor offensive autonome Politik gemacht wurde, entwickeln sich zu gesellschaftlichen Nischen, von denen immer weniger Impulse nach außen wirken.

Autonome Parolen, wie „Das imperialistische System zerschlagen!“ hatten zumindest subjektiv in Momenten des militanten Kampfes für viele einen realistischen und praktischen Bezug. Mit den Erfahrungen der staatlichen Macht, der eigenen Ohnmacht und den Niederlagen erscheinen sie dann eher, wie verbalradikaler Ausdruck von Realitätsverlust.

Ausgangspunkte

In großen Teilen der Szene ist politisches Ziel mittlerweile nur mehr der Erhalt der eigenen Nischen.

Gesellschaftliche Gewaltverhältnisse und politische Veränderungen, die der imperialistischen Metropole BRD innewohnen, bleiben wirksam; politische Veränderungen beeinflussen die Ni-

Weil der autonome Zusammenhang Bestandteil gesellschaftlicher Zusammenhänge ist, ist die Auflösung staatstragender Strukturen und Mechanismen in unserem Spektrum weder gänzlich gelungen, geschweige denn sind Freiräume geschaffen worden. Freiräume im Sinne herrschaftsfreier Lebensverhältnisse sind in den imperialistischen Metropolen nicht möglich. Der Kontext in dem wir leben, ist eben die Gesellschaft in der wir leben.

Bestehende Nischen sollten trotzdem genutzt werden, um politisch zu agieren, aber nicht zum alleinigen Ziel erklärt werden.

Heute, wo der Durchmarsch des Imperialismus den alten Ost-West Konflikt aufhebt und den Nord-Süd-Konflikt eskalieren läßt, allgemeine Orientierungslosigkeit vorherrscht und von uns momentan kaum größere politische Erfolge zu erwarten sind, ist es wichtig, neue linksradikale Orientierungspunkte zu setzen, anstatt sich frustriert auszuklinken oder kollektiv als politisch zahllose Folkloretruppe zu enden.

Unser Ziel ist die Organisierung einer offensiven autonomen Politik, die aus vergangenen Formen und Inhalten des autonomen Widerstandes entwickelt wird und an bestehende Strukturen anknüpft

Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es uns ermöglichen, regional und weit darüber hinaus innere Widersprüche zu überwinden. Besonders offen treten diese Widersprüche zu Tage, wenn gemischte Zusammenhänge an der mangelnden Auseinandersetzung mit eigenen patriarchalen Strukturen zerbrechen, wenn persönliche Konflikte auf politischer Ebene ausgegossen werden, oder an der Unfähigkeit militante Ansprüche praktisch umzusetzen. Wir müssen zu Positionen gelangen und Strategien entwickeln, die uns wieder mehr zu einem politischen Faktor in gesellschaftlichen Prozessen machen, der Anziehungskraft besitzt, weil er die herrschenden Verhältnisse angreift und perspektivische, auf Veränderungen gesellschaftlicher Zustände gerichtete, Politik macht.

Die Form der Organisierung sollte durch die Ziele bestimmt sein, die sie erreichen soll.

Öffentliche Gedanken

Eine Hauptaufgabe der Organisation ist es, Inhalte und Positionen wahrnehmbar zu machen. Hierbei finden wir es wichtig, den bisherigen Umgang mit Medien zu überdenken. Das bedeutet, die Macht des Medienapparates als Wahrheitssinstitution und seinen Einfluß auf das Bewußtsein der Menschen um so genauer unter die autonome Lupe zu nehmen. Trotz der äußerst seltenen und fast durchgehend falschen Berichterstattung über Autonomie; steht fest, wer in den Medien ist, ist wahrnehmbar und steht im öffentlichen Interesse.

Die Entwicklung der Faschisten und vor allem die Berichterstattung zeigt, welche Wirkung selbst bei scheinbar kritischen Berichten oder negativer Presse, allein die Darstellung der Faschisten hat. Die Medien tragen unter anderem die Verantwortung dafür, daß die Faschisten im wahrsten Sinne des Wortes „Ausstrahlungskraft“ besitzen.

Das heißt natürlich nicht, alle Inhalte und Aktionen danach auszurichten, wie wir am schnellsten in die Glotze kommen, aber schon taktische Überlegungen und Aktionen zu diesem Punkt mit einzubeziehen. Dennoch finden wir es wichtig, zumindest auf Presseleute, die einigermaßen korrekt berichten, auch mal zuzugehen. Darüberhinaus kann es sinnvoll sein, regional und überregional zu eigenen Aktionen Pressemitteilungen herauszugeben.

Mindestens genauso wichtig ist es, eigene Medien (Zeitungen, Veranstaltungen, Radiobeiträge etc.) zu schaffen, die die Entwicklungen radikaler Politik darstellen, Diskussionen ermöglichen und den Informationsaustausch gewährleisten.



Die weiterführende Perspektive ist Kulturfähigkeit

In der Einleitung des Textes ist die Rede von einer weiterführenden Perspektive, für eine gesellschaftsverändernde Politik. Ein Aspekt dieser Perspektive ist der Anspruch, eine Gegenkultur zu schaffen, also das Vordringen einer Bewegung in alle gesellschaftlichen Bereiche.

Gegenkultur beschränkt sich dabei nicht auf das Schaffen einer „anderen“ Mode, Musik oder Sprache. Sie muß bewußt von den realen Verhältnissen ausgehen, darf aber nicht bei ihnen stehenbleiben. Sie muß verändern statt sich abkoppeln. Das heißt, eine Bewegung muß es schaffen, für alle gesellschaftsrelevanten Bedingungen zumindest Alternativen aufzuzeigen und zu entwickeln. Das ökonomische Standbein des Systems anzugreifen, mag das entscheidendste für revolutionäre Veränderungen sein. Wir aber wollen erreichen, daß „aus revoltierendem Bewußtsein heraus, eine Umwälzung aller Lebensbereiche stattfindet, sich überall und allgemein Sensitivität und Intellekt voll entfalten.“ (Punk-Panther 1990)

Letztlich kann eine Vernichtung bürgerlicher Lebensweise und Staatsdoktrin nur dann Erfolg haben, wenn diese von Menschen angestrebt wird, die die Welt schon anders interpretieren, ein anderes Lebensgefühl, andere Moral- und Kulturvorstellungen besitzen, als die alte Gesellschaft.

Mehr noch, für Menschen wäre der Kampf für eine andere Gesellschaft völlig farblos, leer und unsinnig, wenn nicht schon während dieses Prozesses ein sehr intensives Lebensgefühl und Lebensweise (Praxis) lebbar wäre, mit der mensch sich über die alten Normen hinwegsetzt.

Ein revolutionärer Umbau der Gesellschaft beginnt daher nicht erst mit der Zerschlagung des alten Machtgefüges, sondern der Weg dorthin ist schon Teil des Prozesses.

Was bedeutet „kulturfähig“?

Eine Bewegung, die keine gesamtgesellschaftlich umfassende Perspektive bieten kann und nicht die fundamentale Änderung der gesamten bestehenden Herrschaft zum Ziel hat, kann nicht revolutionär sein.

Eine Bewegung, die nicht alle gesellschaftlichen Vorgänge als Gesamtheit begreift, wandelt ideologisch noch auf den Pfaden der alten Gesellschaft.

Sie erschöpft sich entweder als Ein-Punkt-Bewegung, im Kampf für die Durchsetzung nur eines bestimmten Zieles und ist damit ihrem Wesen nach reformistisch,

oder sie kämpft für die Vorrechte nur einer gesellschaftlichen Gruppe und degradiert sich damit zu einer Interessenvertretung, die entweder auch auf reformistischen Pfaden wandert oder als abgehobene Elitegruppe ihre Weisheit sucht oder gefunden hat;

oder sie faucht ab und an als Strohfeder durch die politische Auseinandersetzung und verkommt, ohne Kontinuität im Kampf und übergreifenden Theorieansatz zum niveaulosen Spielball der reformistischen bzw. etablierten PolitikerInnen.

Un erheblich ist dabei, mit welcher Radikalität der Kampf geführt wird, Radikalität allein ist noch kein revolutionärer Inhalt.

Un erheblich ist dabei auch, wie heftig Menschen und Gruppen, die in einer solchen Auseinandersetzung stehen, in ihrem äußeren Erscheinungsbild von der Norm abweichen oder wie tiefgründig sich ihre Theorien anhören.

Form kann nie den Inhalt ersetzen und ist letztlich un erheblich. Lediglich die Zusammensetzung der Form(en) kann einer Vermittlung des Inhalts dienen.

Was hat Kulturfähigkeit mit der Organisation zu tun?

Des öfteren ist im Text das Wort Orientierung gefallen. Wir gehen davon aus, daß Menschen Orientierungspunkte haben und benötigen.

Die Aufgabe der Organisation ist es, gewisse Eckpfeiler revolutionärer Inhalte als Orientierungspunkte zu setzen und öffentlich anzubieten. Um perspektivische (Lebens)Orientierung bieten zu können, muß die Bewegung kulturfähig sein. Kultur ist nicht das Abschotten in einer Nische. Kultur ist gesellschaftliche Orientierung. Kulturfähig heißt, eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung und Perspektive zu eröffnen. Kulturfähig sein heißt, lebensfähig sein im Sinne von

lebbar sein - lebbar in jedem Teil und zu jeder Zeit des Lebens.

Die Hoffnungen, die diesbezüglich mit der Organisation verbunden sind, stützen sich vor allem darauf, daß Inhalte öffentlich gemacht werden, mit denen sich Leute auseinandersetzen, bzw. sich ihnen zuordnen und sie zu ihren Eigenen machen können.

Der Rahmen der Organisation ermöglicht es vielleicht, Ansprüche weiterzuentwickeln und Entscheidungen politisch umzusetzen.

Eine politische Bewegung ist kulturfähig oder sie ist keine politische Bewegung.

(Wesentliche Gedanken und Formulierungen zur „Kulturfähigkeit“ sind dem KuK-Text „Suche nach Erkenntnis“ entliehen, der erst im Rahmen des Kataloges zur Ausstellung „Kunst als Widerstand“ veröffentlicht wird.)

Warum Organisation unter dem Vorzeichen „ANTIFA“?

Anfang der 80er Jahre entwickelte sich unter der Bezeichnung „autonomer Antifaschismus“ eine antifaschistische Politik, die sich direkt gegen (Neo-)Nazis wandte. Das heißt, es wurde eine militante Praxis entwickelt, die auch politisch vertreten wurde („Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“). Der autonome Antifaschismus verstand sich nicht nur als reine Anti-Nazi-Bewegung, sondern er begriff sich als Teil des anti-imperialistischen Widerstandes.

Hierbei ergaben sich folgende Positionen:

- Die BRD ist in Kontinuität zum NS-Staat entstanden. Die ökonomischen und politischen Grundstrukturen blieben bestehen und wurden weiterentwickelt.
- Die geschichtliche Trennung von faschistischer und bürgerlicher Herrschaft ist so nicht aufrechtzuerhalten. Faschismus ist keine Form bürgerlicher Herrschaft, sondern an den Inhalten wie z.B. unterschiedliche Wertigkeit von Menschen, Autoritätshörigkeit, patriarchale Strukturen, Leistungsethos ... festzumachen.
- Die BRD organisiert selbst faschistische Praxis. - Das gleiche System, das sich hier demokratisch gebärdet, ist für Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen in anderen

Teilen der Welt verantwortlich, z. B. durch direkte Unterstützung faschistischer Militärdiktaturen, wie die der Türkei. Der Imperialismus ist faschistisch.

- Wenn die kapitalistischen Interessen gefährdet wären, so würden auch hier zu ihrer Verteidigung, faschistische Potentiale eskaliert werden. Faschismus ist integraler Bestandteil westeuropäischer Demokratien.
- Die Herrschenden haben ein Interesse an der Existenz (neo)faschistischer Gruppen als Herrschaftsreserve, Abgrenzungsmöglichkeiten gegen Rechts, Testballon für repressive Maßnahmen, Bindung des Widerstandes usw.

Diese Positionen wurden unter der Parole „Kampf dem Faschismus, heißt Kampf dem imperialistischen System!“ auf den Punkt gebracht.

Noch immer besitzt diese Analyse für uns ihre Gültigkeit, noch immer finden wir die hieraus abgeleitete Praxis sinnvoll im Sinne revolutionärer Politik.

Trotzdem müßten einige Korrekturen vorgenommen werden. Die traditionellen Elemente dieser Gesellschaft sind weiter in Auflösung begriffen. Zwar wird weiterhin zum Beispiel auf Rassismus, Sexismus und Nationalismus zurückgegriffen, aber bei der gegenwärtigen Stabilität des modernen Imperialismus verlieren die Ideologien der „Rassenreinheit“, der „Frau zurück an den Herd“ und der „Volksgemeinschaft“ immer mehr an Bedeutung. Die Tendenz geht immer mehr hin zum flexiblen Leistungsmenschen; dabei wird es immer unerheblicher, ob jemand schwarz oder weiß, männlich oder weiblich ist.

Die ideologischen Grenzen des Nationalismus sind politisch und ökonomisch überschritten. Das multikulturelle Konzept steht für die „Veredelung europäischer Lebenskultur“. Längerfristig wird der eurozentristische Gedanke und der damit verbundene Rassismus den vaterländischen Nationalismus gänzlich ablösen und sich in noch heftigerer Weise gegen die Menschen aus den ökonomisch ausgebeuteten Trikontländern richten.

Von daher stehen die sich organisierenden Neo-Nazis dieser Tendenz zum Teil entgegen.

Der beschriebene Interessengegensatz ist ein gegenwärtiger und muß nicht für alle Ewigkeiten

gelten. Zudem gilt er nur teilweise. Nach wie vor existiert ein gemeinsames Interesse der Faschisten und des Staates an der Zerschlagung der Linken oder, wie derzeit, an der AsylbewerberInnenhetze. Die Herrschenden werden versuchen, die Nazi-Banden in kontrollierbaren Größenordnungen zu halten, aber keinesfalls völlig zu zerschlagen und damit an ihrer Existenz als Herrschaftsreserve für Krisenzeiten festzuhalten.

Für uns heißt das vor allem, daß es mehr denn je politisch katastrophal ist, zur reinen Anti-Nazi-Bewegung zu verkommen. Es muß vermittelt werden, daß das imperialistische System viel perfekter und zeitgemäßer Herrschaft sichert und ausbaut. Es wird keine Neuauflage des „Dritten Reiches“ geben. Die Parole „Wehret den Anfängen!“ ist falsch. Wir sind mittendrin und unser Kampf kann nur ein antiimperialistischer sein. Das bedeutet aber nun ganz und gar nicht, den Nazis den Rücken zuzukehren.

Die Entwicklung der militanten Antifaschistischen Selbsthilfe ist eine grundsätzliche autonome Struktur. Diese aufzugeben, hieße die so wichtigen eigenen Ansätze aufzugeben.

Darüberhinaus ergibt sich angesichts der zunehmenden Organisation der Faschisten, vor allem in der ehem. DDR, die Notwendigkeit der antifaschistischen Organisation. Zu hoffen, daß der Staat gewillt ist, die Linke zu schützen, bleibt nach wie vor ein schlechter Scherz.

Die Gefahr der Antifa-Politik, und das hat sich in jüngster Vergangenheit bestätigt, besteht darin, eine Anti-Nazi-Bewegung zu sein. Viele Antifa-Gruppen bildeten sich aufgrund persönlicher Betroffenheit und dem Willen, etwas unternehmen zu wollen. Eine zeitlang wurden Aktionen gegen Nazis organisiert, dann hörten viele Leute frustriert auf. Die persönliche Betroffenheit (sehr häufig an Schulen beispielsweise), die ein wichtiger Ansatz ist, lief organisatorisch oft in eine perspektivlose Leere. Aufgrund des niedrigen Organisationsgrades kam es selten zum Erfahrungsaustausch mit anderen Gruppen, geschweige denn, daß eine gemeinsame Strategie entwickelt wurde. Mit dünnem ideologischen Hintergrund und dem Bewußtsein, alleine dazustehen,

geschah was geschehen mußte - Resignation. Das ist aber noch lange kein Grund, die Flinte kollektiv ins Korn zu werfen.

Es war nicht alles Müll, was in den letzten Jahren gelaufen ist; der autonome Antifaschismus besitzt nach wie vor seine Stärken. Die liegen in der großen Mobilisierungsfähigkeit, da viele erstmal was gegen Nazis haben und damit in Berührung mit autonomen Positionen kommen. Das gilt insbesondere für junge Leute.

Die Auseinandersetzungen mit Nazis führen zwangsläufig irgendwann zur Auseinandersetzung mit der Staatsmacht in Form von Bullen und erreicht damit andere Dimensionen.

Die Entwicklung der Antifaschistischen Selbsthilfe kann durch intensive Stadtearbeit die eigene politische Isolation durchbrechen und somit eine Verankerung in den Vierteln erlangen. Über die Antifaschistische Selbsthilfe wird militante Praxis in den eigenen Reihen verankert und von anderen Menschen als legitimes Mittel in der politischen Auseinandersetzung akzeptiert.

Die Organisation unter dem Vorzeichen Antifaschismus resultiert aus der Imperialismusanalyse, nämlich der, daß der Imperialismus faschistisch ist und bezieht sich teilweise auf historische Organisationen wie die „Antifaschistische Aktion“ von 1932.

Wenn viele an einem Strang ziehen ist die Effektivität am größten. Deshalb wünschen wir uns in einer Organisation Arbeitsschwerpunkte, vor allem aber das Aufeinanderbeziehen der verschiedenen antiimperialistischen Teilbereichsbewegungen.

Für uns ist autonomer Antifaschismus immer noch der beste Hebel für die Vermittlung antiimperialistischer Politik, weshalb wir uns unter diesem Vorzeichen organisieren wollen.

Von der Organisation zur Organisation

Wir wollen zunächst die Inhalte zusammenfassen, die für eine Organisation sprechen:

Das Bündeln unserer Kräfte und die Schaffung verbindlicher Strukturen schafft die Voraussetzung, aus der derzeitigen politischen Ausweglosigkeit, in der wir uns momentan befinden, herauszukommen.

Zunächst einmal dadurch, daß uns ein Zusammenfassen unserer Kräfte in die Lage versetzt, zum Beispiel gemeinsame Kampagnen zu organisieren, womit unsere Politik größere Relevanz und Zugkraft bekommen würde.

Das allein reicht natürlich nicht aus, um uns aus unserer derzeitigen Situation herauszubringen. Verbindliche Strukturen wären die Voraussetzung für inhaltliche Diskussionen bzw. Klärungsprozesse, die für unsere weitere Arbeit elementar wichtig sind.

Für uns wären das:

1. Imperialismusklausur
- a. Klärung unseres Verhältnisses zu den Befreiungsbewegungen im Trikont.
- b. Unser Verhältnis zum BRD-Staat.
2. Patriarchatsdiskussion
3. Unser Verhältnis zum bewaffneten Kampf
4. Unser Verhältnis zu den Gefangenen

Verbindliche Strukturen anzustreben, verfolgt für uns das Ziel, eine legale Organisation zu schaffen. Funktion der Organisation wäre es, Anlauf- und Ansprechpunkt für Menschen zu sein, die sich organisieren wollen bzw. öffentlich ansprechbar zu sein, beispielsweise für Medien.

Das Konzept Organisation beinhaltet, daß wir mehr Menschen erreichen und mit noch mehr zusammenarbeiten als bisher. Zum Beispiel Menschen, die in ländlichen Gegenden leben, ältere Menschen etc. Wir versprechen uns von einer Organisation nicht nur, daß sich uns mehr Menschen anschließen können, sondern auch, daß sich unsere organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten dadurch vergrößern.

Das Organisieren von politischen Konzerten, Demos, Agit-Prop-Aktionen usw. wäre eine wesentliche Funktion der Organisation. Mit anderen Worten wäre der Schritt zur Organisation ein Schritt, um politische Gegenkultur in größerem Maßstab zu entwickeln.

Für unsere weitere Arbeit halten wir politische Bildungsarbeit, Seminare und Veranstaltungen, für unabdingbar.

Organisation würde für uns auch bedeuten vom kleinbürgerlichen Grabenkrieg der Szene wegzukommen. Die politische Arbeit sollte nicht allein

von persönlichen Kontakten/Sympathien abhängig sein, sondern von politischen Zielen und Notwendigkeiten bestimmt sein.

Natürlich wollen wir nicht die Organisation der Organisation wegen, sondern eine revolutionäre Organisation, das heißt,

1. daß ein Statut entstehen muß, in dem die Inhalte definiert sind. Wesentliche Inhalte des Statuts würden sich aus den Diskussionen um die oben genannten Themen ergeben.
2. daß es eine Mitgliedschaft gibt. Wir halten diesen Punkt unter anderem deswegen für wichtig, weil er eine klare Entscheidung für die Organisation bedeutet und eine klare Zuordnung zu deren Inhalten.

Bedenken

In einem Orientierungs-/Organisierungsprozeß könnten mit zunehmend größerem Rahmen und Komplexität aus bereits bestehenden Wissens- und Arbeitshierarchien dogmatische Hierarchien erwachsen. Das Problem des/der FunktionärIn wird immer sein, daß er/sie FunktionärIn ist.

Ein weiteres Problem in der Organisationsfrage ist der derzeitige Zustand, der keine weiterführende gesamtgesellschaftlich gesehene Perspektive eröffnen kann. Mit dem Scheitern einer angestrebten Organisation ist die Gefahr verbunden, nach diesem Versuch in die völlige Leere zu fallen.

Es bleibt zu hoffen, daß sich die Autonome Linke an dieser Frage nicht spaltet. Das wäre besonders dann fatal, wenn dies bereits nach der Gründung einer Organisation geschieht, weil diese vermutlich daran zerbrechen würde.

Modellvorschläge:

Die organisatorische Struktur sollte weitgehend auf vorhandenen Modellen basieren, die es gelten würde, effektiver auszubauen.

Die Organisation sollte auf verschiedenen Stufen stattfinden. Von den Städten oder Gemeinden bis zum bundesweiten Treffen.

Also zu den Städten:

Der Hauptbezug der einzelnen Menschen werden sicherlich weiterhin die Gruppen bleiben. Falls diese sehr groß sind, würde sich häufig das

Arbeitsgruppenprinzip anbieten. Das würde heißen, daß kleine Gruppen ein Thema genauer und intensiver bearbeiten und vorbereiten könnten, für alle aber transparent machen müßten und mit einbeziehen sollten.

In Großstädten könnte es zum einen ein **internes Plenum** mit allen organisierten Gruppen geben und zusätzlich ein **offenes Infoplenum** für alle Interessierten. Dieses Plenum würde somit auf Bündnisarbeit basieren.

Auf jeden Fall müßte es eine Anlaufstelle geben, in Form von einem Büro, einem Infotelefon oder zumindest einem schwarzen Brett, wo die Infos zusammenlaufen, informiert werden könnten, Gerüchten und Spekulationen der Boden entzogen würde usw.

Für viele Regionen oder Gemeinden wäre es aus mehreren Gründen sinnvoll, **regionale Treffen** zu machen. Zum einen verlagern sich die Nazi-Treffs zunehmend auf die Dörfer, zum anderen ist es wichtig, die politischen Menschen aus den Dörfern, die vereinzelt keine Kraft darstellen, zusammenzubringen.

Auch **überregional** gibt es bereits austauschende und verknüpfende Treffen. Zunächst wäre es gut, in Gebieten wo es diese Treffen nicht oder nicht mehr gibt, solche Strukturen wieder aufzubauen. Mit Gebietstreffen sind landesweite bzw. grob nach Nord/Süd/West/Ost zusammengeslossene Städte und Gemeinden gemeint.

Wir nehmen an, daß vielleicht nicht alle Menschen, der bereits vorhandenen Strukturen, Interesse an einer solchen Organisation haben und eine Spaltung nicht ausgeschlossen wäre.

Bevor gemeinsame Positionen geklärt, Kampagnen geplant werden können etc., würde dieser Zusammenhang hauptsächlich als Informationsaustausch dienen. Die Städteberichte sollten dabei knapp gehalten sein, eher die gesellschaftlich-regionale Situation analysieren, als langatmige Beschreibungen über jeden Schritt der Nazis enthalten.

Für diese Gebietstreffen wäre es am sinnvollsten, **Delegierte** der einzelnen Antifa-Gruppen zu bestimmen bzw. aus den regionalen Treffen, damit auch die Einzelnen vom Land eingebunden wären. Denn nur in einer konstanten Zusammensetzung

läßt sich das nötige Vertrauen und eine kontinuierliche Arbeit entwickeln.

Damit durch das Delegiertenprinzip keine verselbständigte, abgehobene Gruppe mit einzelnen Politprofis entsteht kann, fänden wir es notwendig, daß die Delegierten einer Art „**imperativem Mandat**“ unterliegen sollten. D.h. sie wären relativ verbindlich an Gruppenbeschlüsse/Meinungen gebunden. Zumindest sollte ihr vorrangiges Interesse darin liegen, gruppenegetragene Einschätzungen darzustellen. Um in den Gebietstreffen Entscheidungen fällen zu können, also damit auch Kompromisse möglich wären, sollten die Gruppen ihren Delegierten einen gewissen Spielraum geben.

Die Organisation der bundesweiten Treffen könnte ein ähnliches Delegiertenprinzip haben. Ob die Delegierten aus den Gebietstreffen oder aus den Städten kommen, wäre noch zu überlegen. Die Diskussion mit Gebietsdelegierten wäre flüssiger und übersichtlicher. Es könnte aber auch Vorteile haben, wenn mal andere Menschen aus den Städten an den bundesweiten Diskussionen beteiligt wären.

Die Arbeitsschwerpunkte zu einem gemeinsamen Thema sollten auf jeden Fall die besondere Situation in den einzelnen Regionen berücksichtigen und somit von den Leuten dort auch bestimmt werden.

GÖTTINGEN, AUGUST 1991

AUTONOME ANTIFA (M) UND GENOSSINNEN



Kontaktadresse:

Innere Umschlag:
Autonome Antifa (M)

Äußerer Umschlag:
Buchladen Rote Str.
Rote Straße 10

Nr. 161

2 DM
auswärts
2,50 DM



19. September 1991